

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/70

Bonn, den 1. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Erfolgreiche Europa-Aktion 66

313 Abgeordnete fordern mittelfristiges Europa-Programm

Von Egon C. Heinrich

3 Ostermaschierer 22

Kein Dienst am Frieden

3 Die SED als Lehrmeister ? 20

Auch in den Ostblockstaaten ist dies unerwünscht

4 Wir können von Prag viel lernen 49

Das Herz unseres Kontinents ist die Tschechoslowakei

Von Senator Kern, Hamburg

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Ein Stück Wehrgerechtigkeit mehr
- Väter sollen nicht mehr eingezogen werden -

Hausfrauen haben Anspruch auf Rente
- Neue Regelung in der DDR ab 1. Juli -

Personalien

Kurzmeldungen

* * *

Erfolgreiche Europa-Aktion

313 Abgeordnete fördern mittelfristiges Europa-Programm

Von Egon C. Heinrich

Es steht nicht gut um die europäischen Einigungsbestrebungen. Die politische Integration stagniert schon seit vielen Jahren. Eine Erweiterung der Sechsergemeinschaft auf die vier beitrittswilligen Staaten scheint ebenfalls in weite Ferne gerückt zu sein. Die jüngste Tagung der EWG-Minister über eine Zwischenlösung für den Englandbeitritt blieb wiederum erfolglos. Auch in der vom EWG-Vertrag vorgeschriebenen gemeinsamen Wirtschaftspolitik geht es nur sehr langsam voran. Die Verhandlungen der Landwirtschaftsminister haben sich in der Frage der Milch- und Butterpolitik festgefahren. Noch schwerer wiegt hingegen, daß Europa im Denken und Handeln der europäischen Öffentlichkeit eine immer kleinere Rolle spielt. Das Nationale tritt mehr und mehr an die Stelle des Supranationalen. Ohne Zweifel ist dies auch das Ergebnis der vielen Enttäuschungen der letzten Jahre.

In dieser Situation hat nun eine Gruppe von europäisch gesinnten Abgeordneten aller drei Bundestagsfraktionen den Versuch einer europäischen Relance unternommen. Sie starteten vor kurzem die "Aktion Europa im Deutschen Bundestag". In einer Erklärung wird die Bundesregierung aufgefordert, eigene Vorschläge für die weitere Einigung Europas vorzulegen; dadurch soll aus dem gegenwärtigen Unbehagen in Europa der Durchbruch nach vorn erzwungen werden. Es sei ein Verhängnis, so heißt es weiter, wenn den beitrittswilligen bewährten Demokratien die Tür zu den Europäischen Gemeinschaften versperrt und die Vereinigung der Kräfte ohne Not auf das halbe demokratische Europa beschränkt bleibe. Die bisherige Aussperrungspolitik mache Europa unfähig, der Herausforderung der Großmächte zu begegnen und ihr gleichrangiger Partner zu werden. Eine souveräne nationale Außen- und Verteidigungspolitik der einzelnen Länder wird als überholt bezeichnet.

Inzwischen haben sich bereits 313 Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen durch ihre Unterschrift mit den Zielen der Aktion solidarisch erklärt. Das sind fast zwei Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Die Bundesregierung wird eine solche europäische Willensbekundung in ihrer künftigen Politik schwerlich ignorieren können.

Außerdem wird der Regierung bei den weiteren Verhandlungen in den europäischen Gremien der Rücken gestärkt. Dabei steht die Westeuropa-Politik nicht im Gegensatz zur Ostpolitik, sie ist vielmehr deren Voraussetzung, wie es Bundesaußenminister Willy Brandt bereits mehrfach betonte.

Die Initiatoren der Europa-Aktion, an ihrer Spitze der CDU-Abgeordnete Ernst Majonica und der SPD-Abgeordnete Dr. Karl Mommer, haben bereits weitere europäische Vorstöße geplant. Innerhalb des Bonner Parlaments ist dabei an mehrere Anträge und dabei an eine große Anfrage zur Europapolitik gedacht. Die Bundesregierung soll veranlaßt werden, ein mittelfristiges Programm für die Europapolitik nach dem Vorbild der mittelfristigen Finanzpolitik (MifriFi) auszuarbeiten. Das Schlagwort dafür ist schon gefunden: Mifreupo! Anfang Mai werden dann mehr als 60 Parlamentarier aus den EWG-Staaten sowie aus den vier beitragswilligen Ländern England, Dänemark, Norwegen, Irland, und Schweden zu einer zweitägigen Konferenz nach Bonn kommen. Zum ersten Mal wird dann das Europa der Zehn bzw. Elf durch Parlamentarier repräsentiert werden.

Zu der Bonner Konferenz haben sich bereits prominente Politiker wie Willy Brandt, der englische Europaminister Lord Chalfont, der Vorsitzende des Demokratischen Zentrums, Jean Lecanuet, und Gaston Defferre angesagt. Auf der Konferenz soll beraten werden, welche parallelen Initiativen in den einzelnen Parlamenten ergriffen werden können, um die Erweiterung der EWG so vorzubereiten und zu verwirklichen, daß gleichzeitig Fortschritte in der politischen Einigung erzielt werden. Es besteht allerdings die Gefahr, daß die Konferenz allzusehr in Anti-Gaullismus mündet.

Die Chancen für die Verwirklichung der in der Europa-Aktions-Erklärung postulierten Ziele sind nicht günstig. Manchem mag die Aktion daher auch wenig realistisch erscheinen. Dies darf aber nicht daran hindern, daß das Ziel des bundesstaatlich vereinigten Europas unbeirrt mit dem de Gaulle'schen Konzept des Europas der Vaterländer konfrontiert wird. Denn schließlich ist europäische Politik auch beste nationale Politik.

Ostermarschierer

Kein Dienst am Frieden

sp - Auch diesmal wird es in der Bundesrepublik wieder Ostermarschierer geben. Sie demonstrieren für Demokratie und Abrüstung, gewiß hohe und edle Ziele, für die wohl alle demokratischen Parteien eintreten und für die es keines Ostermarsches bedarf.

Es fragt sich, ob die Initiatoren der Kampagne für Demokratie und Abrüstung glauben, mit ihren Vorstellungen wirklich dem Frieden, diesem kostbaren Gut, zu dienen. Da melden sich schon berechtigte Zweifel an. Zwar ist die Ostermarschbewegung gegen die atomare Rüstung in Ost und West, doch ansonsten vertritt sie eine Konzeption, die sich gegen westliche Verteidigungsmaßnahmen richtet. Wer aber eine nur einseitige Abrüstung verlangt, dient nicht dem Frieden, er erhöht die Spannungen in Europa, statt sie zu mildern.

Es kann auf der Suche nach einem gesicherten Frieden nur eine gleichzeitige, gleichgewichtige und gleichwertige Abrüstung beider Militärböcke geben. Genau das ist die Politik der Bundesregierung der in ihr vertretenen Deutschen Sozialdemokratie. Die idealistischen Schwärmer und Mitläufer mögen dies übersehen, für manche Drahtzieher der Ostermarschbewegung ist das aber wohl erkennbar - deshalb marschieren sie, um einer einseitigen Schwächung des Westens das Wort zu reden. Überzeugte Sozialdemokraten und Bürger, die den Frieden und die Versöhnung mit allen unseren Nachbarn erstreben, bleiben diesen Märschen fern.

Die SED als Lehrmeister ?

Auch in Ostblockstaaten ist dies unerwünscht

sp - Die kommunistische SED fühlt sich zur Lehrmeister für manche ihrer kommunistischen Bruderparteien in Europa berufen. Die Entwicklung in der Tschechoslowakei und die von Nationalen her doch recht bestimmte Eigenständigkeit Jugoslawiens und Rumäniens behagt ihr nicht. Sie glaubt Zensuren erteilen zu müssen. Das hat der Ostberliner Chefideologe, Professor Hager, getan. Die gebührende Antwort aus Prag blieb nicht aus.

Die SED fühlt sich als Gralshüter der reinen Lehre des Marxismus und Leninismus und verfolgt nun mit wachsendem Unbehagen, daß in diesen genannten drei Ländern Entwicklungen im Gange sind, die sich mit den dialektischen Auslegungskünsten Ostberlins nicht vereinbaren lassen.

Der eigentliche Grund des Mißbehagens liegt freilich auf einem anderen Gebiet. Die kommunistische SED stößt sich daran, daß ihr so entstelltes und verzerrtes Deutschlandbild mit der fast teuflischen Verkettung der Bundesrepublik als Hort von Kriegstreibern in Prag, Budapest und Belgrad nicht mehr als bare Münze genommen wird; sie hat an Kurswert verloren. Die SED selbst, bleibt sie bei dieser Verhaltensweise im Umgang mit kommunistischen Bruderparteien, beschwört für sich die Gefahr einer Isolierung herauf, denn arrogante Lehrmeister sind nirgendwo willkommen, besonders dann, wenn die zu Belehrenden es viel besser wissen.

Wir können von Prag viel lernen

Von Senator Kern, Hamburg

Wie Frauen auf die Ketten, die sie um den Hals tragen, stolz sind, so sollte Europa stolz auf die silbernen Flußketten um seinen Hals sein, die die einzelnen Perlen miteinander verbinden, und eine der großen Perlen am Halse Europas ist ohne Zweifel Prag. In unserer Geschichte spielt die Vorstellung, daß Deutschland die Mitte Europas bilde, eine große Rolle. Jedoch wenn man sich die Landkarte Europas genau betrachtet, dann ist das Herz dieses Kontinents zweifellos die Tschechoslowakei. Sie liegt wirklich in der Mitte und aus ihrer Hauptstadt gingen geistige und politische Impulse aus, die ganz Europa befruchteten. Durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat sich in unsere politische Sprache und Publizistik so ein bißchen eingeschlichen, die EWG mit dem Terminus Europa zu bezeichnen. Ich glaube, wir müssen alle daran arbeiten, daß dieses falsche Bewußtsein, Europa nur auf Westeuropa zu beschränken, so schnell und so intensiv wie möglich abgebaut wird. Bei meinen Aufenthalten in Prag hatte ich manchmal den Eindruck, daß man das Gefühl europäischer Zusammengehörigkeit dort stärker pflegt als bei uns.

Wir Politiker der Bundesrepublik können nicht deutlich genug betonen: Zu dem wirtschaftlichen, kulturellen, aber auch politischen Europa der Zukunft, in dem wir arbeiten, gehören alle Länder dieses Kontinents, gehören in erster Linie diejenigen, die durch Jahrhunderte sein Zentrum gewesen sind.

Die ökonomischen, geistigen und politischen Impulse, die von der Tschechoslowakei in der jüngsten Vergangenheit ausgehen, werden von uns mit größter Aufmerksamkeit und wachem Interesse verfolgt. Nicht aus kleinlicher Schadenfreude, die noch den Kategorien des Kalten Krieges entsprechen würden, nicht weil wir uns selbst davon irgendeinen Vorteil versprechen, sondern weil wir hier einen in der Geschichte Europas seltenen, aber elementaren Vorgang sehen.

Die politische Führung einer großen Industrienation stellt sich an die Spitze einer geistigen Revolution. Dort in Prag haben Politiker erkannt, daß es zur vornehmsten Aufgabe der Führer des Staates gehört, Mittler zu sein zwischen dem wirtschaftenden Volk, das in seiner Sorge um das tägliche Brot den Ideen der Intellektuellen oft fremd gegenübersteht, und dem unruhigen Geist der Schriftsteller und Intellektuellen, deren Aufgabe es ist, nach neuen Ufern zu suchen. In der Wahrnehmung dieser Mittlerrolle können wir alle, auch hier in der Bundesrepublik, von der tschechischen politischen Führung lernen. Eine politische Führung, die sich nicht als Mittler zwischen der oft schwer arbeitenden Bevölkerung und den geistigen Impulsen der Intellektuellen, sondern als Keil zwischen beiden empfindet, mag vielleicht kurzfristig ihre eigene Position stärken, langfristig schädigt sie die geistige Substanz der Nation. Ich persönlich betrachte die Demokratisierung in der Tschechoslowakei unter diesem Aspekt und möchte wiederholen: Davon können auch wir sehr viel lernen.

Wir Hamburger, die wir nicht nur durch unseren Hafen, sondern auch durch unseren Außenhandel und vor allem auch durch unsere Theater mit der Tschechoslowakei verbunden sind, wissen, daß die Fahrt ins Reise-land Tschechoslowakei auch eine geistige Fahrt in das historische Europa ist.